

Rede des Sprechers für Jagdpolitik

Christoph Willeke, MdL

zu TOP Nr. 31

Erste Beratung

Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8539

während der Plenarsitzung vom 10.10.2025 im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.



Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen und den Präsidenten des Deutschen Jagdverbandes hier begrüßen: Lieber Helmut, schön, dass du heute gekommen bist!

Erst einmal halte ich fest: Wir haben das gleiche Ziel: ein regional differenziertes Bestandsmanagement. Wir wollen auf regionale Gegebenheiten eingehen und zum Beispiel Deiche, wie Sie es auch in der Überschrift Ihres Antrags fordern, besonders in den Fokus nehmen.

Im Fokus des vorliegenden Antrags der CDU stehen Forderungen an den Bund. Das hat sich in Ihrer Rede teilweise anders angehört. Ich zitiere:

- "... sich beim Bund für ein aktives Wolfsmanagement und die dazu erforderlichen Anpassungen im Bundesjagdgesetz einzusetzen und dabei insbesondere einzutreten
- für eine mehrmonatige, unter Berücksichtigung der Interessen ländlicher Räume wie des Natur- und Artenschutzes näher zu bestimmende Jagdzeit für Wölfe,
- für Wolfsobergrenzen nach skandinavischem Vorbild, die den regionalen Besonderheiten (Deichschutz, Stellenwert der Weidetierhaltung, Siedlungsdichte etc.) Rechnung tragen".

Das Thema ist also hauptsächlich das Bundesjagdgesetz, was Sie hier richtigerweise im Bereich Landwirtschaft einordnen. Den Bundeslandwirtschaftsminister stellt die CDU/CSU.

Und Herr Lechner wirft unserem Umweltminister vor, dass zum Thema Wolf nichts passiert!

Ihr Landwirtschaftsminister möchte laut eigenen Aussagen bis zum Frühjahr eine bundeseinheitliche Lösung vorlegen.

Ihren Widerspruch kann man sich schon ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen. Ihr Agrarminister Rainer betont, dass es bis Frühjahr eine bundeseinheitliche Regelung geben soll. Darauf warten wir. Und dann liest man im NDR, dass Herr Lechner dem Umweltminister im Land Niedersachsen Untätigkeit vorwirft. Na gut!

Dann könnte man jetzt ja sagen: Es läuft in allen CDU-geführten Bundesländern wunderbar; dort werden schon Wölfe entnommen. Nein, da passiert nichts!

Ich überlasse es den Parlamentariern hier im Raum, zu bewerten, wie viel Wolfsgeheul das also alles ist und wie viel Substanz dahintersteckt.

Was ich sehr begrüße: Sie schreiben im Antrag: "die Instrumente zur Förderung des Herdenschutzes weiter zu entbürokratisieren".

Erst mal nehme ich das Lob zur Kenntnis: Schön, dass Sie unsere Leistungen bei der Entbürokratisierung eingestehen können. Die Forderung nach Bürokratieabbau ist immer gut. Aber was ist denn einfacher als eine Pro-Kopf-Pauschale für Schafhalter, die eingeführt wurde? Sie haben nicht gesagt, wie Sie weiter entbürokratisieren wollen. Politik mit Inhalten wäre an dieser Stelle ziemlich wichtig.

Vielleicht noch mal zum Titel - und das, finde ich, macht diesen Antrag dann schon sehr populistisch -, der lautet: "Ein aktives Wolfsmanagement in Niedersachsen - für die Weidetierhaltung, den Deichschutz und die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum". Sie nennen also drei Motive: Weidetierhaltung, Deichschutz und Sicherheit.

Sie nennen in der Überschrift drei Motive. Bei der Weidetierhaltung gehe ich mit: Na klar, ein Wolfsmanagement würde den Weidetierhaltern helfen. Da bin ich dabei.

Deichschutz wird im Antrag nur noch in einem Kettensatz zusammen mit den Sicherheitsbedürfnissen der Menschen erwähnt. Beim Deichschutz hätten Sie zumindest mal eine wolfsfreie Zone fordern können. Aber das hat Ihr Agrarminister im Bund ausgeschlagen. Ich zitiere ihn: "Es soll Gebiete geben, in denen Wölfe entnommen werden können, aber es soll nicht stellenweise ausgerottet werden." Das ist meiner Meinung nach ein ganz klares Aus für den intensiven Schutz an Deichen.

Wenn man sich parteiintern so uneinig ist und sich zumindest auf Bundesebene nicht für Deichschutz interessiert, dann würde ich das auch nicht in die Überschrift eines Antrags einbauen. Aber gut, das war Ihre Sache.

Zur Sicherheit der Menschen: Wir haben bislang nicht einen einzigen Vorfall gehabt, und wir sind momentan auch nicht unbedingt Tollwutrisikogebiet, was das Risiko überhaupt erst messbar machen würde. Trotzdem möchte ich Ihnen natürlich zugestehen, sich auch bei diesem Thema für die Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum einzusetzen.

Aber wenn Sie dann in Ihrem Antrag nicht eine einzige konkrete Maßnahme für die Verbesserung der Sicherheit der Menschen im ländlichen Raum fordern - abgesehen von einer unkonkreten Forderung nach einer nicht genau definierten Obergrenze mit Blick auf den Wolfsabschuss -, dann ist das einfach zu wenig.

Dann muss man auch zu dem Schluss kommen: Wenn Sie in Überschriften mit Ängsten spielen und dann im Antrag nicht mehr darauf eingehen, trifft das so ziemlich jede Definition von Populismus. Das muss man einfach mal so sagen.

Ich fasse zusammen: Drei Themen in der Überschrift, wovon sich mit gutem Willen ein Thema im Antrag wiederfindet. Von vier Punkten im Antrag richten sich zwei an den Bund, wo Sie selbst den Landwirtschaftsminister stellen. Die beiden verbliebenen Punkte betreffen den Bürokratieabbau - da sagen Sie, wir müssten mehr machen, aber sagen überhaupt nicht wie - und die Forderung nach einer Obergrenze für Wölfe.

Die richtige, vorbereitete und angestrebte Lösung, die auch im Dialog mit den Weidetierhaltern Konsens ist: Wir wollen Wölfe vor allem dort entnehmen, wo sie Probleme bereiten - nicht irgendwo in Niedersachsen, wenn eine herbeigerufene, auch regionale Zahl erreicht ist, bei der Sie überhaupt nicht sagen, wie diese zu berechnen sein soll. Bei der Entnahme sind die Problemlage und der gute Erhaltungszustand unsere Leitlinie, nicht etwa unklare Obergrenzen.

Die Einführung einer Obergrenze ist absurd. Sollen Wölfe mitten in unbewohnten Gebieten ohne Weidetierhaltung entnommen werden, weil da noch "Quote übrig" ist, während dort, wo es echte Probleme gibt, kein Wolf entnommen werden kann, weil es dort der einzige auf weiter Flur ist? Na, das erklären Sie dann mal bitte den betroffenen Weidetierhaltern.

Ich bin der Meinung, es wäre schlau, sich das alles zu sparen und auf Bundesebene mit den anderen Ländern eine einheitliche und wirksame Regelung zu treffen. Da bin ich mir sogar mit Ihrem Bundesminister einig, anscheinend aber nicht mit Ihnen.

Wir stehen zu unserem Ziel eines regional differenzierten Bestandsmanagements und sind mit der Interventionsgebietsverordnung im Land bestens vorbereitet auf den Zeitpunkt, wenn der Bund das Bundesnaturschutzgesetz und das Bundesjagdgesetz ändert. Sie arbeiten sich hier auf der falschen Ebene an den falschen Leuten ab.

Machen Sie Politik, die wirkt! Schieben Sie es auch nicht auf Ihren Lieblingsfeind, die Grünen! Die tragen im Bund nämlich keine Verantwortung mehr - Sie schon! Akzeptieren Sie Ihre Verantwortung und handeln Sie! Eine weniger populistische CDU ist machbar.

Glück auf!